

Der Präsident des deutschen Landwirtschaftsrates endlich Dr. Dr. h. c. Brandes hat der Reichsregierung folgende Stellungnahme der im Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft vereinigten landwirtschaftlichen Spitzenverbände zum Young-Plan überreicht:

»Die im Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft vereinigten landwirtschaftlichen Spitzenverbände haben zu den Vorschlägen der Pariser Sachverständigenkonferenz folgende Stellung eingenommen: In dem Bericht der Pariser Sachverständigenkonferenz vom 7. Juni 1929 sind den beteiligten Regierungen Vorschläge für eine vollständige und endgültige Regelung des Reparationsproblems unterbreitet worden. Ohne zu der grundsätzlichen Frage der Reparationsforderungen überhaupt Stellung zu nehmen, hält der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft an dem Grundsatz fest, daß Reparationszahlungen nur im Rahmen der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft möglich sind. Die im Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft vereinigten Spitzenverbände halten sich für verpflichtet, ihrer Überzeugung Ausdruck zu geben, daß die im Young-Plan der deutschen Wirtschaft zugemuteten Leistungen, für deren Bemessung nicht die wirtschaftliche Prüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands, sondern politische Gesichtspunkte ausschlaggebend gewesen sind, und zu denen noch die ständig steigende Verzinsung und Tilgung der von Deutschland aufgenommenen Anleihen hinzukommt, über die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft weit hinausgehen. Die Landwirtschaft ist unter der Herrschaft des Dawes-Planes in eine immer drückender werdende unproduktive Neuverschuldung hineingelitten, deren Höhe sich mit dem Betrage der an die ausländischen Gläubiger Deutschlands abgeführten Zahlungen ungefähr deckt. Sie ist infolgedessen schon über die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit hinaus belastet und unter den gegenwärtigen Produktionsbedingungen nicht imstande, weiterhin unmittelbare und mittelbare Reparationslasten, insbesondere nicht durch weitere Eingriffe in die Substanz, zu tragen. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft erwartet daher von der Reichsregierung, daß sie diesen Tatsachen bei ihrer Entscheidung über den Bericht der Pariser Sachverständigenkonferenz und insbesondere auch bei den diplomatischen Verhandlungen Rechnung tragen und keine Verpflichtungen und Regelungen annehmen wird, die nicht der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und den besonderen Verhältnissen der deutschen Landwirtschaft entsprechen.«

Schon in diesen Rundgebungen treten zum Teil sehr deutlich die notwendigen innerpolitischen Folgerungen hervor, die an die Annahme des Young-Planes geknüpft werden. Im Anschluß an die Hinweise auf die Aufhebung der fremden Kontrollen durch den Young-Plan betonte Schacht in München ganz besonders, Deutschland müsse der Welt jetzt beweisen, daß es alle Anstrengungen mache, sein Haus in Ordnung zu halten, und alles tue, was in seinen Kräften stehe, um die Durchführung des Planes von sich aus zu fördern. In der Herstellung des dauernden Gleichgewichts des Reichsbudgets, in der Verpflichtung zur Steigerung der Produktion liege der Schlüssel für die ganze zukünftige Politik nicht nur im Innern, sondern auch gegenüber dem Auslande. Mit der Annahme des Young-Planes sei für die deutsche Regierung die Notwendigkeit verbunden, ein Wirtschaftsprogramm aufzustellen und durchzuführen, das sämtliche Regierungsressorts auf eine einheitliche Politik verpflichte. Die Versuchung sei außerordentlich groß, die vorübergehende finanzielle Erleichterung falsch zu verwenden. Die kurzfristige Verschuldung des Reiches und zahlreicher nachgeordneter öffentlicher Stellen habe schon wieder ein solches Ausmaß angenommen und der Drang nach neuen Anleihen seitens der öffentlichen Hand sei schon wieder so mächtig, daß eine verhängnisvolle Beeinflussung der Zinssätze nach oben damit untrennbar verbunden sein werde. Deutschland dürfe auf die Dauer nicht von Kredit leben und unter Zinssätzen, die ein volkreicher, hochentwickelter Industriestaat wie Deutschland nicht tragen könne. Eine Volkswirtschaft vom Range der deutschen dürfe sich nicht mit einem Anleihezinsfuß von 8% Prozent belasten. Wenn die Steuern gegen die Vorkriegszeit auf mehr als das Dreifache und die Soziallasten nahezu auf das Vierfache angewachsen seien, so könne ein solches Anwachsen nur zu einer schweren Verklümmung der Wirtschaft führen, die niemals die Befreiung von den Schuldenlasten bringen werde. Die Notwendigkeit stärkerer

Überwachung und Drosselung der Ausgaben aller öffentlichen Körperschaften dränge sich gebieterisch auf: beim Reich, wo die Regierung und vor allem der Finanzminister gegenüber dem Popularitätsbedürfnis des Parlaments nicht über die erforderliche finanzpolitische Unabhängigkeit verfügt, bei den Ländern, deren Ausgaben sich trotz Übergang der Finanzverwaltung auf das Reich gegenüber der Vorkriegszeit weiter erhöht haben, und vor allem bei den Gemeinden und den vielen kleinen sonstigen Selbstverwaltungskörpern, bei denen eine Überspannung der Selbstverwaltungsrechte zu finanziellen Ausgaben verleitet, die ein besiehtes Volk, das mit zwei Milliarden Tribut jährlich belastet ist, sich nicht erlauben darf. Eine Verstärkung der finanzpolitischen kommunalen Aufsicht sei dringend geboten. Man könne nicht die Sorge um die Aufbringung und Transferierung von zwei Milliarden Reparationstribute jährlich der Reichsregierung überlassen und gleichzeitig allen nachgeordneten öffentlichen Stellen regionaler und lokaler Art beliebige Ausgabefreiheit gewähren. Hier müsse das höhere nationale Gesamtinteresse den regionalen und lokalen Interessen unter allen Umständen vorgehen. Noch deutlicher fuhr Schacht fort:

Ich möchte ganz allgemein hervorheben, daß gerade diejenigen politischen Kreise, die die sogenannte Erfüllungspolitik auf ihre Fahne geschrieben haben, dem Auslande gegenüber die stärkste Verpflichtung haben, daran mitzuarbeiten, daß unsere Wirtschaft einen Arbeitsüberschuß erzielt, der solche Erfüllung ermöglicht. Man kann nicht der großen Masse der deutschen Bevölkerung dauernd kostspielige Lebensannehmlichkeiten versprechen und gleichzeitig dem Auslande alljährlich Milliardenzahlungen in Aussicht stellen. Insbesondere fallen solche Annehmlichkeiten weder vom Himmel noch aus der Tasche des Nachbarn, sondern es gilt noch immer die alte biblische Wahrheit, daß sie im Schweiße des Angesichts erarbeitet werden müssen.

Über die Schwierigkeit, eine wirklich organische Finanzreform auszuarbeiten und durchzuführen, wird man sich keinen Illusionen hingeben dürfen. So schrieb neulich mit Recht Dr. Gestrich in der Industrie- und Handelszeitung und fuhr fort: Man braucht sich nur vor Augen zu halten, welche Probleme dabei gelöst werden sollen. Die Steuerlast soll geringer werden; das Steuersystem soll übersichtlicher werden; die Benachteiligung des Reiches im heutigen System des Finanzausgleichs muß beseitigt werden; die Realsteuern müssen besonders herabgesetzt und systematisiert werden; es muß ein stärkerer Konnex zwischen steuerlichen Beschlüssen und steuerlicher Belastung, besonders in den Kommunen, hergestellt werden; Kapitalbildung und Kapitalverkehr müssen geschont und gefördert werden, ohne daß dadurch das Steuersystem einen unsozialen Charakter erhält. Es wird schwer sein, zu einer Lösung zu kommen, die alle diese Forderungen voll befriedigt. Gerade deswegen aber muß an diese Aufgabe mit besonderem Verantwortungsgefühl, ohne Ressentiments und kleine Interessengruppen herangegangen werden. Und am Schluß wird es großer Tatkraft bedürfen, um das große Werk Wirklichkeit werden zu lassen. Neben der allgemeinen Finanzreform ist es dann vor allem noch das schwierige Kapitel der sozialen Lasten, das wohl am schärfsten umstritten werden wird. Ernst Poensgen, der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes der nordwestlichen Gruppe, stellte gelegentlich der Jubiläumstagung desselben kürzlich, auf das Pariser Sachverständigen-Gutachten eingehend, fest, wenn auch die Lasten aus dem Gutachten niemals tragbar sein würden, müßte man doch daran gehen, auf dem Boden der Tatsachen stehend, die Aufgabe so gut wie möglich zu lösen. Das werde aber nur möglich sein, wenn alte Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital, Unternehmer und Gewerkschaften begraben werden, wenn die große ehrliche Arbeitsgemeinschaft, wie schon einmal in Zeiten tiefster Not, wieder zu freier Verständigung zwischen den Parteien der Arbeit führe. Der »Vorwärts« aber schrieb am 2. Juli am Schluß seiner Stellungnahme zu der Entschließung der Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei vom 28. Juni, die u. a. Anträge auf eine Reform der Arbeitslosenversicherung ankündigte: »Findet sich innerhalb der Regierung oder der Parteien eine Mehrheit, die die durch die Neuregelung der Reparationen gewonnene Freiheit nach innen dazu benutzen will, die arbeiten-